

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Leipzig, Linden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Literaturbeilage Leben, Wissen, Kunst monatlich 1.90 M. Durch die Post bezogen monatlich 2.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 2.20 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25201. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeitspalte mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 151.

Dresden, Dienstag den 2. Juli 1918.

29. Jahrg.

## Abweisung feindlicher Teilangriffe südlich des Durca und westlich von Chateau-Thierry.

(Kontin.) Großes Hauptquartier, den 1. Juli 1918.  
**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:  
In vielen Stellen der Front leisteten starke Feuerüberfälle Auszeichnungen des Feindes ein. Sie wurden abgewiesen.  
Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:  
Westlich der Oise und südlich der Aisne rege Erkundungs-

tätigkeit. Stärkere Teilangriffe des Feindes südlich des Durca und westlich von Chateau-Thierry wurden in unserem Kampfgebiete zum Scheitern gebracht.  
Leutnant Abel erlangt seinen 37. und 38. Geburtstag am 28. und 29. Juli d. J.  
Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorf.

## Japanische Einmischung in Rußland?

Japan hält seit Monaten Wladivostok besetzt und die Eisenbahn nach Chorbun unter eigener Truppenbesetzung. In jüngerer Zeit hat sich die japanische Politik in der Ostsee verändert. Die japanische Politik in der Ostsee ist durch die japanische Expedition über die Barentssee nach Nordost-Sibirien gekennzeichnet. Diese Expedition ist durch die japanische Politik in der Ostsee gekennzeichnet. Diese Expedition ist durch die japanische Politik in der Ostsee gekennzeichnet.

Die Tätigkeit der Tscheko-Slowaken, die von dem Verband unterstellt werden, gibt Deutschland eine Gelegenheit, der Sowjetregierung, die nach der Meinung der deutschen Heeresleitung trotz ihrer aufrichtigen Wünsche mit dem Aufstand nicht fertig werden kann, ihre Dienste anzubieten.  
Nach einer Neutermeldung haben die Tscheken die Sowjets von Wladivostok aufgelöst. Nach einer anderen Meldung hat die an der Uralfront konzentrierte Rote Garde die Offensive gegen die Tscheko-Slowaken aufgenommen und bei der Station Nigulja die Anhänger der Gegenrevolution geschlagen. Im westlichen Ural wurden tschecho-slowakische Truppen nach schweren Verlusten gezwungen, in die Berge zu flüchten.



### Die Entstehung und Bedeutung der tschecho-slowakischen Truppen.

Die Offizielle schreibt: Von verschiedenen Ländern hat man in diesen Tagen das Aufstehen tschecho-slowakischer Freiwilligenkorps, so in Rußland, in Italien und Frankreich, so daß es von Interesse ist, dieser Erscheinung hinsichtlich ihrer Entstehung und Ausdehnung einige Aufmerksamkeit zu widmen. Am gefährlichsten nehmen sich nach den Drahtnachrichten die sogenannten tschecho-slowakischen Brigaden in Rußland aus, die in Sibirien und in den Uralgebieten eine Art von Scheidewegsarmee aufgestellt haben. Nach tschecho-slowakischen Angaben handelt es sich hier um eine Armee von rund 150.000 Mann. Allein nur der Kern dieser Truppe, etwa 45.000 Mann, besteht aus Tscheken, österreichischen Soldaten, die teils bei den großen russischen Offizieren in Gefangenschaft geraten, teils infolge der panlawistischen Propaganda im Stellungskrieg zu den Russen übergegangen waren. Von Marschall und seinen Begleitern wurden in die Reihen dieser noch zu Zeiten des Jankus freiwillig in die Reihen der russischen Armee ein, wo sie, von russischen Offizieren befehligt, zu tschecho-slowakischen Truppenkörpern vereinigt wurden. Als nach der tschecho-slowakischen Truppenkörper vereinigt wurden. Als nach der tschecho-slowakischen Truppenkörper vereinigt wurden.

Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland?

Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland?

Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland?

Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland?

Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland?

Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland?

Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland?

Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland? Japanische Einmischung in Rußland?

Nun aber hat Rußland seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags gegenüber seinen ehemaligen Gegnern ein neutraler Staat, der die Pflicht hatte, alle Kriegsgefangenen, somit auch jene Tscheken in den sogenannten tschecho-slowakischen Brigaden, ihren Heimatländern zurückzugeben. Hiergegen wehrten sich die Tscheken, wohl wissend, daß ihrer, die die Waffen gegen ihr Vaterland ergriffen hatten, bei der Heimkehr die schwerste Strafe wartete. Sie wiesen deshalb alle Besuche der russischen Regierung zurück und zogen, sich ihren Unterhalt mit Gewalt von der Bevölkerung erpressend, nach Westsibirien zurück. Die Volkstommissionäre erklärten sie daher für vogelfrei. Tatsächlich wurden einzelne Abteilungen aufgegeben, andere erlitten über Wladivostok nach Japan; die Hauptmasse, besonders der tschecho-slowakische Kern, bildet aber zur Zeit eine ernste Gefahr für die Ruhe Sibiriens, die wohl erst mit der Zeit, wenn ihnen die Heimkehr fehlen wird, beseitigt werden kann.

Gegenüber diesem Kern in Rußland sind die in Frankreich und Italien entlassenen tschecho-slowakischen Legionen nur theatralische Reklametruppen.

### Die Schwarzmeer-Flotte.

Der Lokalangeiger meldet aus dem Haag: Der Volkskommissar des Auswärtigen in Moskau teilte der Presse mit, daß ein Teil der Schwarzmeerflotte nach Sebastopol zurückgeführt ist. Die Regierung hat dieser Rückkehr zugestimmt, daß Deutschland und seine Bundesgenossen während des Krieges von diesen Schiffen keinen Gebrauch machen und sie nach Friedensschluss an Rußland zurückgeben.

### Wilson's „Internationale“.

Wie aus Zürich berichtet wird, bringen Londoner Mütter Berichte aus Washington, wonach Wilson sich mit der Abwendung einer sozialistischen Abordnung nach Europa einverstanden erklärte, „da die Fortsetzung des Krieges gänzlich gestimmt ist“. Die Abordnung ist verpflichtet, sich der Teilnahme deutscher Sozialisten an dem in Bern stattfindenden sozialistischen Kongress zu widersetzen.

Herr Wilson, der den Ausschluß deutscher und österreichischer Sozialisten von einem internationalen sozialistischen Kongress vorschreibt, und sogenannte „Sozialisten“, die der Fortsetzung des Krieges gänzlich gestimmt sind, sind einander würdig! Es ist rein lächerlich, wenn da alles unter dem Namen „Sozialisten“ geführt wird.

Herr Branding, der eifrige Entente-Freund, hat in London, wie über die Schweiz gemeldet wird, sich über die Veranstaltung eines internationalen sozialistischen Kongresses ausgesprochen. Er sei, sagte er, grundsätzlich dem Kongressgedanken günstig gesinnt, denn auf dem Kongress könnten den deutschen Sozialdemokraten verschiedene Tatsachen bekannt gemacht werden, doch sei er der Ansicht, daß die gegenwärtige Stunde schlecht gewählt sei und daß er darum den Rat gebe, das Erbe der Offensive abzuwarten.

Wenn Branding „verschiedene Tatsachen“ zur Bekanntheit an die deutschen Sozialdemokraten geheimnisvoll andeutet, so hätte er längst Gelegenheit gehabt, diese angeblichen Tatsachen mitzuteilen. Branding zählt zu den Entente-Freunden, die eine internationale Sozialistenkonferenz höchstens zu dem Zweck anstreben, um die deutschen Sozialdemokraten „in Anklage zu verlegen“. Das bleibe lediglich die Internationale zu Kriegverlängerungszwecken mißbrauchen. Die wahre Aufgabe einer internationalen sozialistischen Zusammenkunft müßte aber nicht sein, gegenseitige Anklagen zu halten, sondern mit Vernunft und Begeisterung den Ausweg aus dem Kriegszustand zu finden.

Aus Amsterdam berichtet das D. L. V.: Der sozialistische Zeitung Der Volk zufolge erhielt Troelstra aus London ein von Henderson, Branding, Albert Thomas, Renaudel, Longuet, Quinmans und anderen Delegierten der Arbeiterkonferenz unterzeichnetes Telegramm, in dem das Bedauern ausgesprochen wird, daß Troelstra der Reispfad nach England verweigert wurde, und daß die Delegierten infolgedessen außerstande waren, mit ihm zur Erreichung des gerechten Friedens, den alle wünschen, zusammenzutreten.

Das „Bedauern“ in allen Ehren! Aber mit diesem Bedauern wird an der harten und schwerwiegenden Tatsache nichts geändert, daß die englische Regierung durch die Fernhaltung des wirklich neutralen Troelstra jede Friedensförderung unmöglich macht und daß die englische sowie die französische Arbeiterpartei diese schamvolle Politik ruhig hinhin lassen.

### Ein Vorschlag der deutsch-österreichisch-ungarischen Pazifisten.

Titularbischof Dr. v. Frankov-Budapest, Professor Dr. v. Cammarillo-Zalzburg und Professor Dr. Quisde-Wien haben an den Generalsekretär der Interparlamentarischen Union in Christiania ein gemeinsames Schreiben gerichtet, in dem sie bitten, an den Parlamenten der fernstehenden Großmächte die Idee anzuerkennen, daß die Abgeordneten dieser Staaten in gemeinsamer Abstimmung je